

NOTIZEN

Aus der Forschung

Bochum

Projekt: Cross-border personnel mobility: changing patterns of organizational coordination

Projektleitung/Team: Federführung für das Gesamtprojekt: Prof. Dr. Ludger Pries

Deutschland: Prof. Dr. Christel Adick, Esther Hahm M.A., Anne Weiler M. Ed.
Mexiko: Prof. Dr. Gustavo Emmerich, Prof. Dr. Bruno Gandlgruber und Prof. Dr. Alejandro Mercado (Universidad Autónoma Metropolitana (UAM), Division of Social Sciences and Humanities)

Gefördert durch: Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)/Consejo Nacional de Ciencia y Tecnología (CONACyT), Mexiko

Laufzeit: 2011–2013

Kurzbeschreibung: Im Januar 2011 begann an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes, interdisziplinäres deutsch-mexikanisches Forschungsprojekt mit dem Titel „Cross-border personnel mobility: changing patterns of organizational coordination“. Gegenstand dieses Forschungsvorhabens sind die Auslandsentsendungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in grenzüberschreitenden Organisationen. Diese können von kürzerer oder längerer Dauer sein und unterschiedliche Positionen von Trainees oder Praktikanten bis hin zu den sog. Expatriates mit mehrjähriger Entsendung betreffen. Das Thema gehört damit in den größeren Bereich des internationalen Personalmanagements. In binationalen Teams werden jeweils deutsche Organisationen mit Zweigstellen in Mexiko und mexikanische Organisationen, die in Deutschland tätig sind, untersucht und miteinander verglichen. Laut Konzeption sollen Organisationen aus dem Profit-Sektor, d. h. Wirtschaftsunternehmen, und solche aus dem Nonprofit-Sektor miteinander verglichen werden. Für Letztere wird unter anderem an die Deutschen Auslandsschulen und die Goethe-Institute gedacht. Die Forschergruppe ist interdisziplinär zusammengesetzt: Die Federführung für das Gesamtprojekt liegt bei Prof. Dr. Ludger Pries (Fakultät für Sozialwissenschaft der RUB). Ein Teilprojekt, das sich schwerpunktmäßig auf den Nonprofit-Sektor bezieht, steht in der Verantwortung von Prof. Dr. Christel Adick (Vergleichende Erziehungswissenschaft, Fakultät für Philosophie und Erziehungswissenschaft der RUB). In diesem Teil des Forschungs-

projekts arbeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterin Esther Hahm M.A. und als wissenschaftliche Hilfskraft Anne Weiler M. Ed., die zugleich ihre Dissertationen in diesem Rahmen schreiben. Auf mexikanischer Seite sind die Kooperationspartner Prof. Dr. Gustavo Emmerich, Prof. Dr. Bruno Gandlgruber und Prof. Dr. Alejandro Mercado, alle von der Universidad Autónoma Metropolitana (UAM), Division of Social Sciences and Humanities. Die Projektsprache ist Englisch. Allerdings gibt es auf jeder Seite Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter, die die Landessprache der jeweils anderen Forschergruppe, also Deutsch bzw. Spanisch, sprechen. Neben der Förderung durch die DFG werden die Forschungen auf mexikanischer Seite vom Consejo Nacional de Ciencia y Tecnología (CONACyT) gefördert. Die Laufzeit des Projekts ist von Anfang 2011 bis Ende 2013 terminiert.

Kontakt: Prof. Dr. Christel Adick, Ruhr-Universität Bochum
E-Mail: christel.adick@rub.de

Halle

Projekt: Promotionskolleg Bildung und soziale Ungleichheit

Projektleiter: Prof. Dr. Heinz-Hermann Krüger

Gefördert durch: Hans-Böckler-Stiftung

Laufzeit: Verlängerung um 3 Jahre von 2012 bis 2014

Kurzbeschreibung: Das Promotionskolleg „Bildung und soziale Ungleichheit“ ist im Herbst 2007 von der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg eingerichtet worden und vor kurzem für eine zweite Förderphase von Januar 2012 bis Dezember 2014 verlängert worden. Es ist organisatorisch im Institut für Pädagogik an der Philosophischen Fakultät III angesiedelt und basiert zudem auf einer Kooperation mit dem ZSB, dem Institut für Hochschulforschung in Wittenberg und dem Deutschen Jugendinstitut in München bzw. mit dessen Außenstelle in Halle. Sprecher des Kollegs ist Prof. Dr. Heinz-Hermann Krüger. Zudem sind Prof. Dr. Werner Helsper, Prof. Dr. Ursula Rabe-Kleberg sowie PD Dr. Manfred Stock und Prof. Dr. Reinhard Kreckel vom HOF in Wittenberg sowie PD Dr. Iris Bednarz-Braun und Prof. Dr. Thomas Rauschenbach vom DJI daran beteiligt.

Das Promotionskolleg verfolgt das Ziel, Aspekte schicht- und geschlechtsspezifischer, ethnischer und regionaler Ungleichheit in den verschiedenen Stufen und Bereichen des Bildungswesens von Kindertagesstätten über die Grundschule sowie die Sekundarstufen I und II, die außerschulische Bildung bis hin zur Hochschule exemplarisch zu untersuchen. In der ersten Förder-

phase haben die zehn Promotionsprojekte den Blick vor allem auf die Übergänge zwischen den verschiedenen Stufen des Bildungssystems sowie auf die Übergänge zwischen formellen und informellen Bildungsorten als zentrale Selektionsschleusen gerichtet.

Das thematische Schwerpunktprogramm des Kollegs in der im März 2011 von der Hans-Böckler-Stiftung bewilligten zweiten Förderphase knüpft an die bildungspolitischen Debatten um die globalen Standardisierungsprozesse von Bildungsinstitutionen und gegenläufige Prozesse der Destandardisierung an und fragt, wie sich diese Prozesse auf individuelle Bildungsverläufe und strukturell verankerte Bildungschancen auswirken. Untersucht werden sollen in acht Promotionsvorhaben vor allem Prozesse der Destandardisierung von Bildungsbiografien sowie von Bildungsstrukturen in allen Stufen und Bereichen des Bildungswesens vom Kindergarten bis zur Hochschule und in der außerschulischen Bildung unter der Perspektive der Reproduktion, aber auch des Abbaus von Ungleichheiten.

Das Lehr- und Studienprogramm des Kollegs enthält in Anlehnung an bisher realisierte Modelle strukturierten Promovierens folgende Elemente: regelmäßige Kolloquien zu den Dissertationsprojekten, Oberseminare zu theoretischen und methodischen Bezügen der Promotionsprojekte, Mikro-Arbeitsgruppen der Promovierenden sowie jährliche Sommerschulen und Tagungen.

Kontakt: Prof. Dr. Heinz-Hermann Krüger, Institut für Pädagogik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 06099 Halle/S.

Halle

Projekt: Individuelle Lern-Entwicklungs-Analyse im Übergang/Transition – ein verbindendes Instrument zwischen frühpädagogischen Bildungsdokumentationen und Individuellen Lernstandsanalysen im Anfangsunterricht – ILEA T

Projektleitung und Team: Prof. Dr. Ute Geiling, Dr. Katrin Liebers, Prof. Dr. Annedore Prengel, Beate Heger, Melanie Berger, Steffen Schubert, Toni Simon, Susanne Wergowski

Gefördert durch: BMBF und Europäischer Sozialfonds (ESF)

Laufzeit: 01.12.2010–30.11.2012

Kurzbeschreibung: Ein zentrales Ziel von ILEA T liegt in der Entwicklung und Erprobung eines verbindenden Instruments zwischen frühpädagogischen Bildungsdokumentationen und individuellen Lernstandsanalysen im Anfangsunterricht (ILEA 1/ILEA 2), mit dessen Hilfe gezielte Beobachtungen, Dokumentationen und Analysen möglich werden sollen im Hinblick auf die individuellen Lernvoraussetzungen/Kompetenzen im Bereich Literacy und

Numeracy; Themen und Interessen der Kinder; bio-psycho-soziale Gesamtsituation. Das Instrument ILEA T soll einen vertieften Blick auf ausgewählte Entwicklungsbereiche von Kindern in der Übergangszeit ermöglichen und deren Weiterentwicklung begleiten, indem auf individuelle Bildungsprozesse in heterogenen Lerngruppen fokussiert wird. Gleichsam soll ILEA T die didaktisch-diagnostische Expertise der Pädagoginnen im Elementar- und Primarbereich qualifizieren und die Kooperation zwischen den Institutionen pädagogisch fundieren. Das Instrument wird zu drei Messzeitpunkten in unterschiedlichen Settings (Kindergärten/Grundschulen, Vorklasse/Grundschule, Basisstufenklassen) erprobt und validiert. Zudem werden Erhebungen zur Praktikabilität und Akzeptanz bei Eltern und Pädagoginnen durchgeführt.

Kontakt: Prof. Dr. Ute Geiling, Dr. Katrin Liebers, Prof. Dr. Annedore Prengel, Martin-Luther-Universität Halle, Institut für Rehabilitationspädagogik, 06099 Halle, E-Mail: ILEA-T@philfak3.uni-halle.de, <http://ilea-t.reha.uni-halle.de>

Hamburg

Projekt: Wessely-Edition – Übersetzung und Edition der Vier Sendschreiben *Divrei Shalom we-Emet* des jüdischen Aufklärers Hartwig Wessely (1725–1805)

Projektleitung/Team: Prof. Dr. Ingrid Lohmann, Dipl. Päd. Sylvia Lässig, Dr. Peter Dietrich (Erziehungswissenschaft), Rainer Wenzel M.A., Uta Lohmann M.A. (Judaistik)

Gefördert durch: Deutsche Forschungsgemeinschaft

Laufzeit: 2011–2012

Kurzbeschreibung: Die DFG bewilligte die Fortsetzung des Vorhabens der Übersetzung und Edition von Hartwig Wesselys Erziehungsschrift *Divrei Shalom we-Emet* (Worte des Friedens und der Wahrheit, vier Teile, 1782–1785, auch als „Sendschreiben“ bekannt). Diese Schrift gilt als das zentrale erziehungstheoretische Werk der europäisch-jüdischen Aufklärung (Haskala). Ihr Thema ist die Neufassung des Verhältnisses von Bildung, Wissenschaft und jüdischer Religion im Sinne der Aufklärung. Wessely entwickelt und begründet darin die der zeitgenössischen Orthodoxie widersprechende Auffassung, dass die „Wissenschaften des Menschen“ mit den „göttlichen Wissenschaften“ sehr wohl vereinbar seien, ja dass vernunftgegründetes weltliches Wissen eine unabdingbare Voraussetzung für das Verständnis der Tora und für den schulischen Religionsunterricht darstelle. Ziel des Fortsetzungsantrags ist die Ergänzung der Edition um weitere aus dem Hebräischen zu

übersetzende Texte. Hierbei handelt es sich um Schriften Wesselys sowie seiner Gegner und Befürworter in der Kontroverse um seine Erziehungsschrift, die im Zuge der Literatur- und Archivrecherchen während des Projekts verfügbar wurden. Die Texte stammen aus dem Zeitraum der Kontroverse – den Jahren 1781 bis 1797 – und sind unmittelbar Teil davon. Ihre Aufnahme in die Edition wirft ein aspektreiches Licht auf Wesselys Erziehungsschrift und vervollständigt das Bild ihrer damaligen, äußerst kontroversen Rezeption.

Kontakt: Prof. Dr. Ingrid Lohmann, Universität Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaft 1.

Wien

Projekt: Quellensicherung und Zugänglichmachung von Videoaufzeichnungen von DDR-Unterricht der APW und der PH Potsdam

Projektleitung/Team: Prof. Dr. Henning Schluß, May Jehle M.A., Michael Kraitzitzek

Gefördert durch: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Laufzeit: 2010/11

Kurzbeschreibung: Seit den 1970er Jahren wurde die relativ neue Videotechnik zur Dokumentation von Unterricht, zu Ausbildungs- und Forschungszwecken in der Lehrerbildung und für die pädagogische Forschung eingesetzt. Auch in der DDR wurden an ausgewählten Orten Unterrichtsstunden mittels Video dokumentiert. Das hier vorgestellte Projekt arbeitet die Unterrichtsaufzeichnungen der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (APW) und der Pädagogischen Hochschule Potsdam auf. Damit schließt es an von der DFG und der Stiftung Aufarbeitung geförderte Projekte an, die Unterrichtsaufzeichnungen der Berliner Humboldt-Universität sicherten, aufarbeiteten und über eine Online-Datenbank beim Fachportal Pädagogik des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) der Forschung frei zugänglich machten (<http://www.fachportal-paedagogik.de/filme>).

Aus den Versuchsschulen der APW stehen ca. 150 Unterrichtsstunden und aus der PH-Potsdam ca. 80 Videobänder zur Verfügung. Das gesamte Material lagerte unter archivarisch ungünstigen oder unzumutbaren Bedingungen und ist vom akuten Zerfall bedroht. Zur Rettung dieser seltenen Dokumente werden im Projekt die Bänder digitalisiert und in verschiedenen Formaten in die existierende Online-Datenbank eingestellt. In diesem Prozess werden die Unterrichtsaufzeichnungen mit einer Kurzbeschreibung versehen und verschlagwortet. Vorhandenes Begleitmaterial (wie z. B. Verlaufsplanungen, Reflexionen oder Bewertungen) zu den Aufzeichnungen wird trans-

kribiert und gescannt und ebenfalls online der Forschung zugänglich gemacht. Mit der Ausweitung des Corpus wird das Spektrum der zur Verfügung stehenden Unterrichtsfächer deutlich erweitert. Erstmals bereichern so z.B. Aufzeichnungen des Leitfachs der Politischen Erziehung in der DDR, „Staatsbürgerkunde“, oder auch außerfachliche Rollenspiele und Lehrerdiskussionen den Bestand. Die Datenbank wird bereits international genutzt. Verschiedene Forschungsprojekte, die mit dem Material arbeiten, sind auch an der Universität Wien in Planung.

Kontakt: Prof. Dr. Henning Schluß, Universität Wien, Institut für Bildungswissenschaft, Sensengasse 3a, A-1090 Wien, henning.schluss@univie.ac.at, www.henning-schluss.de; May Jehle M.A., Universität Wien, Institut für Bildungswissenschaft, Sensengasse 3a, A-1090 Wien, may.jehle@univie.ac.at

Aus der Wissenschafts- und Bildungspolitik

DFG Fachkollegienwahl 2011

Ende 2011 stehen die Mitglieder der Fachkollegien für die Amtsperiode 2012 bis 2015 zur Wahl. Auch diese zweite Online-Wahl macht die Stimmabgabe mit einem üblichen Internetzugang ohne Installation einer Spezialsoftware weltweit möglich. Seit Mitte 2010 informiert die DFG an dieser Stelle umfassend über alle Schritte der Fachkollegienwahl. Die Wahlfrist ist voraussichtlich Mo. 7. November 2011, 14.00 Uhr bis Mo. 5. Dezember 2011, 14.00 Uhr, unter

http://www.dfg.de/dfg_profil/gremien/fachkollegien/fk_wahl2011/index.jsp

Stellungnahme der Österreichischen Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen (ÖFEB) zum 8. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union

Empfänger: BM Unterricht, BM Wissenschaft, Österreichische EU-Abgeordnete aller Parteien, Ev. BildungssprecherInnen aller Parteien im österreichischen Parlament

Die Österreichische Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen (ÖFEB), die Vereinigung der österreichischen Bildungsforscherinnen und -forscher, möchte Sie – nach entsprechenden Beratungen in der European Educational Research Association (EERA) – auf die unserer Meinung nach alarmierenden Entwicklungen in den Vorbereitungen des 8. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union aufmerksam machen.

Diese beinhalten:

1. die Herabstufung der sozioökonomischen und geisteswissenschaftlichen Forschung der GD Forschung von einer Abteilung zu einem einzigen Büro (Inkrafttreten: 1. Januar 2011);
2. den Plan zur Abschaffung umfassender, langfristig integrierter Projekte und dergleichen in den Sozial- und Geisteswissenschaften im 8. Forschungsrahmenprogramm. Stattdessen Konzentration auf „Grand Challenges“ mit Themen, die mehr anwendungsorientierte Forschung als Grundlagenforschung betreffen und die europäische Wettbewerbsfähigkeit auf weltweiten Märkten fördern sollen (Sozialwissenschaft wird da-

- mit zur ‚Hilfs‘-Disziplin, die in andere Wissenschaften eingebunden wird);
3. die Kürzung finanzieller Mittel für sozio-ökonomische und geisteswissenschaftliche Forschungsprojekte im 8. Forschungsrahmenprogramm;
 4. die Unsichtbarkeit der Bildungsforschung in diesen Programmen.

Wir wissen, dass die Forschung in den Sozial-, Geistes- und Bildungswissenschaften ein zentraler Bestandteil der Gefahren- und Problemanalyse der Gesellschaft ist und Gefährdungen der Demokratie, von kulturellem Zusammenhalt und Integration sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene ortet. Diese Wissenschaften können Grundlagen und Perspektiven für die Forschung und für deren Umsetzung liefern sowie für Initiativen, die sich mit den in „Europa 2020“ genannten „Grand Challenges“ befassen, aufzeigen.

Wir wissen auch, dass Bildungsforschung unverzichtbare Erkenntnisse bereitstellt, die Bildungspraxis und -politik über verschiedene Prozesse und Schritte lebenslangen Lernens in Kenntnis setzen. Es stellt sich für uns als Paradoxon dar, dass – obwohl doch „lebenslanges Lernen“ ein zentrales Konzept der Europäischen Kommission ist – die derartigen Lernprozessen zugrunde liegende und begründende Bildungsforschung degradiert oder gar vergessen wird.

Wir sind besorgt, dass das aufrichtige Interesse der Kommission an der Integration aller Bürgerinnen und Bürger Europas nicht von einer entsprechenden Finanzierung der Bildung – eine der wichtigsten Institutionen für derartige Integration – begleitet wird.

Wir ersuchen Sie um eine Stellungnahme zu den skizzierten Problemen und stehen Ihnen gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Andrea Seel, Vorsitzende der ÖFEB

EERA Response to EU Commission Green Paper

The European Education Research Association (EERA) and its 26 national member Associations from all parts of Europe welcome the opportunity to comment on the EU Green Paper *From challenges to opportunities: Towards a common strategic framework for EU research and innovation funding*. EERA is an Association committed to the construction of a European Research Area within the field of educational enquiry and so naturally looks both for what it can contribute to the EU research strategy and for ways, in partnership with public and private sector institutions, it can participate in the next stage of its implementation (as indeed it did under Framework 7). It is in this spirit that it offers the following observations on the Green Paper.

In our response to the Green paper we want to focus on questions 9, 10 and 11 touching on a wider focus on societal challenges, bottom-up activities and links between research and policy rather than on the technical and procedural aspects of the paper, but we agree with any suggestions aimed at making collaboration between the Commission and researchers less bureaucratic, simplifying procedures and contributing to speedier responses from the Commission to eg financial claims. Trends in: ‘Innovation Union:’ trends in ‘Europe 2020’ and the ‘Green Paper’

The Green Paper clearly builds on the ‘Europe 2020’ and the ‘Innovation Union.’ Including them in our reading has made it much clearer, what the ideas and intentions of the Green Paper are. Thus we take as our starting point our concerns with trends and tendencies in those papers as well.

The analysis in those papers is that there is too much fragmentation in European science and technology. Sharpening the focus should reduce fragmentation: Clarifying objectives, reducing complexity, avoiding duplication (simplifying and broadening participation, increase impact of EU funding), more collaboration between science and business. The Green Paper envisages a common strategic framework that shall tackle societal challenges, strengthen competitiveness and strengthen the EU science base and EU Research Area.

The Commission’s strategy focuses on the challenges for smart, sustainable and inclusive growth of economies developed in particular through research and innovation in product/services in natural science and technology.

We have three main concerns about this strategy:

- (i) It appears to take a very narrow view of what constitutes economic development ie one measured very largely by reference to GDP – and it ignores other important approaches to and measures of development advanced eg by Nobel Laureate Amartya Sen and expressed in terms of the growth in human capabilities.
- (ii) Even within its own terms of business development it looks exclusively to science and technology and ignores the contribution to GDP in many countries in Europe made by eg film, television and other media, the publishing industry, cultural and heritage industries, art and design, health services and indeed the huge foreign earnings from overseas students choosing to study in Europe.
- (iii) Beyond this, and granted the need to establish some priorities for research funding, it is alarming to observe the omission from the strategy of any reference to such key areas as health (other than in terms of medical science), education, social welfare, social inclusion, social justice, multiculturalism, immigration, mobile EU population, European languages, arts &

culture, identity & citizenship. It is not just one but ALL of these that seem to have disappeared from the agenda.

Of course, the consequence of each of these three strategic policy preferences is to push the social sciences and humanities (and with these educational research) to the margins of the European research arena with all the insights into the human condition that these provide. This is our central concern.

'Knowledge transfer'

The preoccupation with science and technology distorts the vision of research and innovation in other ways, for example in the way in which research issues in social innovation. The Green Paper seems to suppose a very linear relationship in which research is conducted and then you have the separate task of 'knowledge transfer'.

There also should be room for non-linear thinking: Educational research, for example, rarely works in this way and rarely has the tangible 'product' that might issue from eg materials science or medical research. Often, what it provides is new understanding, which then enters into a complex process of assimilation into policy and practice, but is rarely the only source of the policy or practice, which emerges. Often too the conduct of educational (and other social science) research itself stands in a close relationship with the sites of practice: the research is itself conducted in a way, which will contribute directly to development. There is not such a clear separation between research and development as there is in e.g. many areas of science and technology.

Thus the whole discourse of 'knowledge transfer' and 'taking products to market' needs to be reconstructed in contexts of what might be thought of as social innovation but not only these. The point is that the requirements for reporting and impact in educational and social science research need to be tailored to the particular ways in which research functions in these areas.

EERA Requests: Room for diversity and for Educational Research

We are not taking a stance opposed to science and technology. This would be absurd. We want, however, to emphasise the *insufficiency* of these disciplines alone in tackling the sort of issues and in serving the priorities that are indicated in the Green Paper and elsewhere – and hence the need for the sort of research provided by the social sciences and humanities to be part of the EU 's agenda.

The research agenda laid out on the Green Paper: research – innovation – products/services (technologies) makes no reference to the role that social scientific and even more broadly arts and humanities research might have a

role to play in informing these dimensions of innovation, creativity, social innovation and changes in business practices. European economic growth, balance of trade and competitiveness do not rest simply on the products of our science and technology. And of course such analysis itself rests on an understanding of economics and politics (and not just science).

Among our major earners of foreign income are our cultural heritage and the benefits derived from international tourism but also from our music industry, film and television and publishing; our education systems, especially where these are on offer through the medium of the English language, as they are now in many parts of Europe; our financial services etc. etc. Technology clearly has a role in enhancing any of these, but so also does research (in the widest sense) that cultivates, enriches, refines and sophisticates our offer to the world and to our own citizens in any of these areas. Our education systems also need to be nimble and innovative if they are to offer the best possible experience to Europe's own citizens and to continue to be a magnet to students from across the world.

To tackle the problems of climate change and environmental sustainability clearly requires responses rooted in science and technology, but it also needs an understanding of human behaviour, sensibility and responsibility, because in the end it is not the natural world which is going to change in order to assist us but we humans who have to change in order to save the environment and ourselves.

We have to be *re-educated*: we have to develop a new and expanded sense of responsibility and ethical obligation, not just limited to the time horizon of our own lives but to that of our children and grandchildren and great grandchildren. Whether we are farmers, drivers, politicians, town planners, builders, manufacturers or consumers we have to come to terms with different ways of living and behaving. And we need research to tell us how to achieve these huge changes in perspective and behaviour, because without them all the new science and technology we can think of will be to no avail.

Examples: the need for Educational Research

- All of this also underscores the need for continuous effort on Life Long Learning and its informing through research in professional and vocational education and training.
- The production of world class science and technology (as well as world class financial services, artistic and design innovation, etc) requires a world class educational system.
- The appreciation of what innovative science, technology and etc. might be able to offer in terms of business opportunity or social or environ-

mental improvement requires an educated understanding and imagination.

- The application of science and technology to wealth creation and the solution of social problems need to be conducted under an educated framework of moral and social responsibility.
- Economic growth and higher employment require the ready availability of a well educated and well trained workforce, the continuing professional development of that workforce and opportunities for re-skilling (inside and outside of employment) as working opportunities change.
- A competitive higher education system attracting students and scholars from across the world needs to be one in which world class research is supported across the academy and not just in science and technology.
- The grasp of the compelling requirements for change in our lives and lifestyles, if we are to respond successfully to our changing climate and our depleting carbon resources, requires an educated understanding of the issues and their consequences – whether we be farmers or house builders.
- Learning to live well to an old age – well in body and mind, taking responsibility for one's own care as far as is possible and contributing fruitfully to society rather than expecting to be a burden to it – requires a whole new raft of educational initiatives for 'the third age'.

All of these (and more) depend on our continuing and research informed development and refinement of our educational policies and practice. In short whether we start with the priorities indicated in the Green Paper or the wider set of social priorities that we have indicated, little will be accomplished without the continuing development of Europe's educational resources and practice, the European Research Area – and this development, this area of social innovation, like any other needs to be informed by high quality research which draws on the combined expertise of the European community. This is what EERA seeks to advance, and this is what EERA hopes the Commission will itself seek to advance in the next stage of its research programme.

The European Educational Research Association, EERA, &
The European Association for Research on Learning and In-
struction, EARLI

To the EU-Commissioner for Research, Innovation and Science, Máire
Geoghegan-Quinn

Dear Commissioner Máire Geoghegan-Quinn,

Thank you for the ‘Analysis of public consultation’. As you know, we have expressed concerns on the Common Strategic Framework laid out in the Green Paper. Our main concern is that the strategy does not mention social science, humanities or educational research as means to explore and solve the challenges facing Europe or as having a role in the innovations meant to address those challenges.

We insist that solutions for grand challenges must include the human factor. This is not because we represent those sciences, but because societal, economic and other challenges always include human beings and relations. Therefore there needs to be room for the research that addresses those relations: social science, humanities and educational research.

In the summary of the analysis of the consultation we believe we can see a trace: ‘EU should support all stages in the innovation chain’ (page 3) which indicates that the soft sciences need to be present at all stages. This is one solution, which has been brought forward in the consultation responses. Another, as important, is to name a challenge that primarily addresses social science, humanities and educational research. This has also been proposed in the responses. We can refer to our response to the hearing and the position paper: ‘Understanding Europe in a global context: transition towards inclusive and innovative societies.’ (net4society)

With this letter we hope to persuade you and your Directorate General to include ‘soft sciences’ in the work on the Horizon 2020.

Kind Regards,

Leif Moos, President of EERA

(representing 29 national, European associations),

Sari Lindblom-Ylänne, President of EARLI

(representing 2000 members from all over Europe)

July 6, 2011

Stellungnahme der Sektion Sonderpädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 15.03.2011 zur KMK-Empfehlung zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention¹

Aus der Ratifizierung der UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen ergibt sich ein klarer Auftrag zur Umsetzung des Rechtes auf wohnortnahe inklusive Erziehung und Bildung in Schulen. Um das Recht auf Bildung, wie es bereits in der Erklärung der allgemeinen Menschenrechte von 1948 verbrieft wurde, für alle Kinder wirksam umzusetzen, gibt die UN-Behindertenrechtskonvention die Umstellung auf ein inklusives Erziehungs- und Bildungssystem vor und verknüpft dies mit dem Recht auf soziale Inklusion. Soll diese menschenrechtliche Verpflichtung nun im politischen Umsetzungsprozess und in der Gesetzgebung der Bundesländer nicht verwässert oder gar unterlaufen werden, so kann die KMK hier eine Schlüsselstellung einnehmen. Die Umsetzungsempfehlungen der KMK führen bei den Mitgliedern der Sektion Sonderpädagogik der DGfE allerdings zu dem Eindruck, dass hier mehr Klarheit und Eindeutigkeit dem Prozess dienlicher wäre.²

Unsere Feststellungen in Stichworten / Thesen:

– Ein wichtiger inhaltlicher Bezugsrahmen der UN-Konvention ist das Recht auf Bildung (UN 1948), einen bildungspolitischen Anhaltspunkt zum Verständnis der Konvention bieten u. a. die Policy Guidelines on Inclusion (UNESCO 2009). Die Konvention verpflichtet zur Umstellung auf ein inklusives Erziehungs- und Bildungssystem als ein unteilbares Recht für alle Kinder und auf allen Ebenen – die Konvention kennt hier keine Ausnahmen. Eine „Pluralisierung der Förderorte“ (S. 1) ist hiermit folglich nicht vereinbar. Auch eine „Ausweitung“ und „Weiterentwicklung“ (S. 3) unter Beibehaltung von Sonderinstitutionen (S. 18) kommt einer unzureichenden Umsetzung der Konvention gleich.

1 Die folgende Stellungnahme bezieht sich auf das mit Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 18.11.2010 verabschiedete Positionspapier „Pädagogische und rechtliche Aspekte der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention - VN-BRK) in der schulischen Bildung“, http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2010/2010_11_18-Behindertenrechtskonvention.pdf (Anm. der Redaktion).

2 Vgl. Kultusministerkonferenz, <http://www.kmk.org/bildung-schule/allgemeine-bildung/sonderpaedagogische-foerderung.html> und <http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Bildung/AllgBildung/Anhoerungstext-Entwurf-2010-12-03-205-AK.pdf>

- Die Verpflichtung zur Umstellung auf ein inklusives Erziehungs- und Bildungssystem gilt in föderalen Systemen in allen Landesteilen gleichermaßen. Länderdifferenzierte Entwicklungen ohne klare Rahmenverpflichtungen unterlaufen diesen Teil der Konvention. Wird die Entscheidung für oder gegen die Erhaltung von Sonderschulen in die einzelnen Bundesländer verlagert, so widerspricht dies der Konvention. Die notwendige Umstellung auf ein inklusives Erziehungs- und Bildungssystem erfordert ein koordiniertes, planvolles Vorgehen und klare zeitliche Verpflichtungen. (Dies gilt für die Veränderungen der Schulgesetze und Lehrerbildungsgesetze ebenso wie für die Anpassung der schulorganisatorischen Strukturen und der didaktisch-methodischen Konzepte.)
- Der Konvention gemäß sind die personellen und sächlichen Ressourcen zur angemessenen Unterstützung konsequent im allgemeinbildenden Erziehungs- und Bildungssystem zur Verfügung zu stellen. Eine Unterstützung von Kindern „unabhängig vom Lernort“ (S. 4) ist ebenso wenig wie eine Anbindung von Ressourcen an Sonderinstitutionen mit der Konvention vereinbar. Diagnostische Maßnahmen sollten vielmehr von der Zielvorgabe der individuumsbezogenen Zuweisungsdiagnostik entlastet und weiterentwickelt werden in Richtung einer systemisch orientierten Identifizierung von „angemessenen Vorkehrungen“ in den Regelinstitutionen.
- Lehrkräfte müssen prinzipiell für die professionelle Umsetzung inklusiven Unterrichts und entsprechender Diagnostik qualifiziert werden, eine bloße „Addition“ von allgemeiner Qualifikation und Praxis mit der im Sondersystem entwickelten sonderpädagogischen Qualifizierung und Praxis (S. 23) greift zu kurz. Um eine hohe inklusive Bildungsqualität zu erreichen, ist eine Ausbildung mit Blick auf die Berücksichtigung heterogener Lernausgangslagen und individueller Unterstützungsnotwendigkeiten in allen Lehramtsstudiengängen unerlässlich. Konkrete Empfehlungen zur Umstellung der universitären Ausbildung auf die Qualifizierung für das Berufsfeld inklusive Schule sind notwendig. Die Lehrerbildungsgesetze der Länder sind hieran anzugleichen. Die positive Wirksamkeit integrativer/inklusive Organisationsformen schulischer Bildung ist belegt, entsprechende Konzepte liegen vor. Dieser Forschungsstand zur integrativen und inklusiven Beschulung sollte Berücksichtigung finden. Forschung zur Weiterentwicklung der schulischen Integration und Inklusion sollte gezielt unterstützt werden.

Die Sektion Sonderpädagogik der DGfE hofft, dass die vorgetragenen Gedanken in den weiteren Beratungen berücksichtigt werden.

Gottfried Biewer

XING Gruppe für Erziehungswissenschaftler/innen

Petra Appelhans Dipl.-Päd., Absolventin des Studiengangs Erziehungswissenschaften an der TU Dortmund und Mitglied im Berufsverband der Erziehungswissenschaftler/innen (BV-Päd. e.V.), moderiert bei www.xing.com eine Gruppe – unter <http://www.xing.com/net/bvpaed> –, zu der alle Erziehungswissenschaftler/innen (Diplom, Magister, Bachelor, Master, Dr., Prof.) eingeladen sind. Die XING Gruppe richtet sich an Studierende, Absolventen, Berufstätige, Erwerbslose, Berufsrückkehrende und Ruheständler/innen, die Erziehungswissenschaft/en studieren bzw. studiert haben. Eine registrierte/zahlende Mitgliedschaft im Berufsverband ist hierfür nicht Voraussetzung.

Der BV-Päd. ist der anerkannte Berufsverband von Erziehungswissenschaftler/inne/n mit Diplom-, Magister- oder Master-Studium und -Abschluss. Die Mitglieder dieses Berufsstandes sind vor allem im außerschulischen Bereich tätig. Ihre Arbeitsgebiete sind konzeptionelle, leitende, lehrende und beratende Tätigkeiten in den Bereichen Soziale Arbeit, Erwachsenenbildung/Weiterbildung, Gesundheitswesen, wissensintensive Dienstleistung, Wirtschaft. Der Verband vertritt die Belange des noch jungen, im Rahmen der Bildungsexpansion entstandenen Berufsstandes in Sachen Öffentlichkeitsarbeit, Stellungnahmen, Beratung, Coaching und Vernetzung.

Informationen zum Beratungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungsangebot des Berufsverbands unter <http://www.bv-paed.de>.